

*SEPTEMBER 2015*

### **Grußwort des Vorsitzenden**

Sehr geehrte Mitglieder,

auf Anregen unserer Mitglieder ist diese Ausgabe zum ersten Mal einem einzigen Thema gewidmet, nämlich der wirtschaftspolitischen Steuerung in Europa. Die Krise hat eindeutig gezeigt, wie verwoben die europäischen Volkswirtschaften mittlerweile sind und wie dringend weitere institutionelle Reformen in diesem Bereich benötigt werden. Um die anstehenden Probleme besser zu verstehen, haben wir zentrale Akteure der politischen Bühne Europas befragt. In dieser Ausgabe fordert Jean Arthuis, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, die EU auf, sich zwischen politischer Integration und Chaos zu entscheiden. Pervenche Berès, Berichterstatterin zum Thema wirtschaftspolitische Steuerung, erläutert die wichtigsten Punkte ihrer Entschließung, die nach langen politischen Verhandlungen am 24. Juni vom Plenum angenommen wurde. António Vitorino, Vorsitzender von Notre Europe – Jacques Delors Institute, legt dar, dass ein Konvergenzprozess festgelegt werden muss, um die Wirtschafts- und Währungsunion zu konsolidieren. Andrea Manzella hebt hervor, dass sich die wirtschaftspolitische Steuerung der EU zu einer Regierung des Euro-Währungsgebiets entwickeln muss, und Cristiana Muscardini betont, dass es an einer politischen Union mangelt. Manuel Porto stellt die wirtschaftspolitische Steuerung in einen globalen Zusammenhang, in dem sich die Europäische Union mit den stärksten Volkswirtschaften der Welt messen muss.

Diese Sonderausgabe enthält auch weiterhin die erfolgreiche Rubrik zu den Tätigkeiten des VEM. Am 15. und 16. Juni besuchte eine 17-köpfige Delegation des VEM Lettland, da dieses Land in der ersten Hälfte des Jahres 2015 den Vorsitz im Rat der EU innehatte. Unsere Mitglieder trafen Vertreter der Parteien im nationalen Parlament Lettlands (Saeima) sowie Frau Mürniece, Präsidentin der Saeima, Herrn Kalniņš, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Frau Čigāne, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, und Herrn Ušakovs, Bürgermeister von Riga und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei „Concord“. Die Aussprachen waren sehr erfolgreich und der Gesprächsverlauf wurde von den vielen Fragen an die lettischen Redner bestimmt. Der Delegationsleiter Lord Balfe liefert in dieser Ausgabe einen vollständigen Bericht über die offiziellen Treffen. Michael McGowan erläutert die Geschichte der ausländischen Besatzung Lettlands während und nach dem Zweiten Weltkrieg, und Karin Junker berichtet über die Lage der russischen Minderheit. Die nächste Reise des VEM findet vom 12. bis 14. November nach Luxemburg statt. Dieses Land hat den Ratsvorsitz für das zweite Halbjahr 2015 übernommen. Eine Anmeldung zu der Reise ist nun möglich. Weitere Informationen sind auf der Website und beim Sekretariat des VEM erhältlich.

Im Zusammenhang mit unseren Initiativen zur Stärkung der Demokratie nahm unser Mitglied Gyula Hegyi an einer Konferenz zum Thema grüne Arbeitsplätze in der arabischen Welt teil, die am 3./4. Juni von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis ausgerichtet wurde. Gemeinsam mit Parlamentsmitgliedern und Vertretern nichtstaatlicher Organisationen aus Jordanien, Marokko und Tunesien, die den arabischen Blickwinkel vertraten, erläuterte er relevante europäische Projekte im Zusammenhang mit grünen Arbeitsplätzen.

Unsere Zusammenarbeit mit der Kanadischen Vereinigung ehemaliger Abgeordneter und der Europäischen Vereinigung ehemaliger Abgeordnete (FP-AP) gewinnt immer mehr an Format. Brigitte Langenhagen überquerte den Atlantik, um unsere kanadischen Partner bei ihrer Jahrestagung zu besuchen, und vertrat gemeinsam mit Andrea Manzella den VEM bei der Vorstandssitzung der FP-AP in Madeira. Die vorliegende Ausgabe enthält ihren Bericht sowie einen Artikel von Dr. Tranquada Gomes, Präsident der Gesetzgebenden Versammlung der autonomen Region Madeira.

Abschließend möchte ich Sie daran erinnern, dass unser jährliches Seminar und Abendessen am 2. Dezember 2015 in Brüssel stattfindet. Sie können sich anmelden, indem Sie das beiliegende Anmeldeformular ausfüllen und es an das Sekretariat des VEM senden.

Ich hoffe, viele von Ihnen in Luxemburg oder Brüssel zu sehen.

Mit freundlichen Grüßen

**Enrique Barón Crespo**  
**Vorsitzender des VEM**

## **WWU: OHNE KONVERGENZ GEHT ES NICHT**

Der erst in letzter Sekunde erzielte Kompromiss über das dritte Hilfspaket für Griechenland hat deutlich gemacht, wie unterschiedlich die Vorstellungen über Ziele und Natur der Wirtschafts- und Währungsunion weiterhin sind. Was auch immer mit Griechenland geschieht, in den nächsten Wochen und Monaten muss eine echte Diskussion über die Eurozone geführt werden. Will man eine Eurozone, die auf Regeln basiert, oder sollen gemeinsame Institutionen die Grundlage der Eurozone bilden (etwa eine „europäische Wirtschaftsregierung“, wie der französische Präsident Hollande es wünscht)? Welcher Rang soll der Solidarität eingeräumt werden und inwieweit müssen die Mitgliedstaaten Hoheitsrechte aufgeben, damit solidarisches Verhalten möglich wird?

Zuvor muss geklärt werden, in welchem Ausmaß Konvergenzprozesse erforderlich sind und welcher Art sie sein müssen, damit die WWU langfristig Bestand haben kann. Zwar sind die Schwierigkeiten, vor denen Griechenland steht, zu einem großen Teil durch die Besonderheiten seiner Wirtschaft und seines politischen Systems verursacht, doch hat andererseits die gemeinsame Währung in den letzten Jahren nicht zu mehr Konvergenz beigetragen. Die WWU braucht eine wirksamere Steuerungsstruktur, doch es müssen auch die strukturellen Unterschiede zwischen ihren Mitgliedstaaten verringert werden, die zurzeit die größte Bedrohung für das Bestehen der WWU darstellen.

### **1- Verbesserung der Steuerungsstruktur der Eurozone: es hat Fortschritte gegeben, aber es muss noch viel getan werden**

Die Eurozone ist in ihrer gegenwärtigen institutionellen Verfasstheit nicht überlebensfähig. Diese beruht im Wesentlichen auf Regeln und auf Verfahren zur Koordinierung sowie auf dem Grundsatz, dass die Eurozone als Ganzes dann reibungslos funktionieren wird, wenn jedes ihrer Mitgliedsländer vor seiner eigenen Türe kehrt. So wird dem gemeinsamen Interesse der Eurozone nur ungenügend Rechnung getragen. Bei den bestehenden Koordinierungsverfahren werden die Haushalts- und Wirtschaftslage der Eurozone als Ganzes und ihre Gesamterfordernisse nicht ausreichend berücksichtigt. Unter anderem

verfügt die WWU nur über sehr eingeschränkte Möglichkeiten, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen, und die Verfahren für solidarisches Handeln und die Aufteilung von Risiken sind nur sehr schwach ausgeprägt.

Diese Mängel müssen durch konsequente Maßnahmen behoben werden. In dem Bericht der fünf Präsidenten wird ganz richtig hervorgehoben, dass das auf Regeln basierende System durch ein System ersetzt werden muss, dessen Grundlage Institutionen bilden. Der Bericht setzt zwar im Bereich der Finanzunion sehr ehrgeizige Ziele – so ist zum Beispiel die Vollendung der Bankenunion für 2017 geplant –, doch er tut dies in anderen Bereichen sehr viel weniger. Im Bereich der Haushaltspolitik wird in dem Bericht die Schaffung eines Instruments zur volkswirtschaftlichen Stabilisierung vorgeschlagen, doch wird die Möglichkeit einer Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus, mit dem ein echter Europäische Währungsfonds geschaffen werden könnte, nicht erwähnt. Außerdem enthält der Bericht zwar konkrete Vorschläge, um die Beteiligung der Parlamente und die parlamentarische Kontrolle auf nationaler und europäischer Ebene zu verbessern, doch bleibt er sehr unbestimmt, was andere, ehrgeizigere Vorschläge angeht, wie etwa die Schaffung eines „europäischen Schatzamts“ oder die Einrichtung eines ständigen hauptamtlichen Vorsitzes der Eurogruppe.

## **2- Verringerung der Unterschiede zwischen Nord und Süd: ein Muss, damit der Euro überlebt**

Neben diesen Reformen der Steuerungsstruktur müssen auch die strukturellen Unterschiede angegangen werden, die in der Eurozone weiterhin bestehen. Vor mehr als 25 Jahren hat der Delors-Ausschuss bereits daran erinnert, dass eine Währungsunion ohne ausreichende Konvergenz kaum überleben könne und möglicherweise schädlich für die Gemeinschaft sein würde. Zwar haben sich die Volkswirtschaften in den 90-er Jahren einander angenähert, aber nach der Einführung des Euro hat sich diese Tendenz umgekehrt.

Über die Notwendigkeit, wieder verstärkt eine Konvergenz der Volkswirtschaften anzustreben, ist man sich heute einig; unklar ist jedoch, wie dies erreicht werden kann. Mit seinem Vorschlag, ein System nationaler Stellen zu schaffen, die für die Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Mitgliedstaates zuständig sind, legt der Bericht der fünf Präsidenten den Schwerpunkt vor allem auf die Unterschiede bei Löhnen und Produktivität. Bestimmte Volkswirtschaften der Eurozone (insbesondere in Südeuropa) stehen jedoch nicht nur vor Problemen im Bereich Wettbewerbsfähigkeit und Kosten; diese Volkswirtschaften leiden auch unter ihrer starken Spezialisierung auf Wirtschaftszweige, bei denen nur geringe Produktionszuwächse entstehen, und unter ihrer geringen nichtpreislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Maßnahmen zur Korrektur von Löhnen und Preisen müssen von Schritten begleitet werden, mit denen der nichtpreisliche Wettbewerbsvorteil dieser Volkswirtschaften verbessert wird. Natürlich müssen die Länder selbst die erforderlichen Anstrengungen unternehmen und sie müssen ihre Prioritäten setzen und entsprechende Maßnahmen ergreifen, um ihre Produktivität zu verbessern. Jedoch handelt es sich dabei um eine schwierige Aufgabe, um so mehr, als gleichzeitig von diesen Ländern gefordert wird, die Verschuldung ihrer öffentlichen und privaten Haushalte zu verringern. Europa sollte sie daher dabei begleiten und unterstützen. Man könnte sich etwa ein Instrument der befristeten finanziellen Hilfe (eine Art „Super-Kohäsionsfonds“) vorstellen, das den Ländern der Eurozone, die einschneidende Maßnahmen ergreifen, um ihren nichtpreislichen Wettbewerbsvorteil zu verbessern, gezielte Unterstützung und technische Hilfe anbietet.

## **3 – Hin zu einer echten Wirtschaftsunion**

Um ein reibungsloses Funktionieren der Eurozone sicherzustellen, ist auch eine vertiefte wirtschaftliche Integration erforderlich. Eine Vertiefung des Binnenmarkts sowie andere Maßnahmen im Rahmen der Eurozone, mit denen sichergestellt werden soll, dass die Integration die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft verbessert, anstatt sie anfälliger zu machen, können für mehr Integration sorgen. Die WWU muss eine relative Vereinheitlichung des Steuersystems und eine Festlegung von minimalen Sozialstandards verfolgen, um einen „Wettlauf nach unten“ zu vermeiden. Außerdem müssen Wege gefunden werden, um die Mitgliedstaaten zu veranlassen, die erforderlichen Reformen durchzuführen, damit eine gewisse Widerstandskraft gegen wirtschaftliche Schocks sichergestellt ist, so dass sie diese bewältigen können, ohne übermäßig auf den zukünftigen Mechanismus für die volkswirtschaftliche Stabilisierung zurückzugreifen.

#### **4. Fazit**

Eine Konsolidierung der WWU kann nicht nur darin bestehen, die Bedingungen für ein reibungsloses Funktionieren der Eurozone in der Zukunft sicherzustellen; es muss auch der innerhalb der WWU erforderliche Konvergenzprozess definiert werden und die Länder, die von der Krise am meisten betroffen sind, müssen dabei unterstützt werden, ihren Platz in der europäischen und globalen Arbeitsteilung wieder einzunehmen. Unter diesen Voraussetzungen kann der Euro erneut zu einer Quelle geteilten Wohlstands werden, anstatt Leid und Spannungen zu verursachen.

**António Vitorino**

### **POLITISCHE INTEGRATION ODER CHAOS**

Paradoxerweise verfügt die Wirtschafts- und Währungsunion über keine Wirtschaftspolitik. Es ist müßig, von Regierungsführung zu sprechen, da es keine Regierung gibt. Während eine Zentralbank mit föderaler Struktur zur Verwaltung der gemeinsamen Währung gegründet wurde, haben sich die Mitgliedstaaten darauf beschränkt, eine „Eurogruppe“ einzurichten, eine Pseudo-Regierung bestehend aus den Finanzministern, deren Vorsitz einer der Finanzminister führt, welcher dieses Amt somit nur als Nebenamt ausübt und stets unter dem Verdacht steht, Interessenkonflikten zu unterliegen. Die Schaffung des Euro als solche, die aufgrund der Währungsinstabilität innerhalb des Binnenmarkts und der wettbewerbsbedingten Abwertungen erforderlich war, stellte tatsächlich eine Herausforderung dar, handelte es sich doch um die Einführung einer Währung ohne zugehörigen Staat. Es bedurfte also einer Gemeinschaftsordnung für diese gemeinsame Währung, einer Erinnerung an die Grundsätze der Good Governance. Wir nannten sie „Stabilitäts- und Wachstumspakt“. Der Eurogruppe kam dabei die Aufgabe zu, die Einhaltung der darin enthaltenen Bestimmungen zu überwachen und gegebenenfalls Sanktionen gegen Länder zu verhängen, die gegen die Regeln verstoßen. Die Finanzminister zeigten dabei gegenseitig großes Entgegenkommen. Fast ein Jahrzehnt lang funktionierte alles bestens, da die Märkte und die Ratingagenturen den Euro vollumfänglich unterstützten, obwohl von Anfang an gegen die Regeln des Pakts verstoßen wurde. Letztendlich haben wir geglaubt, dass es sich bei diesen Regeln um eine Wirtschaftspolitik handelte. Vor diesem Hintergrund haben die Staaten ihre Vorrechte beibehalten und versucht, ihre eigene nationale Wirtschaftspolitik zu verfolgen. Ein „policy mix“ wie in den Vereinigten Staaten, wo Regierung und Präsident der US-Notenbank ihre jeweiligen Initiativen sowie finanz-, haushalts- und geldpolitischen Maßnahmen aufeinander abstimmen, existierte somit nicht und damit auch kein Hebel zur Ankurbelung des Wachstums und Bekämpfung der

Arbeitslosigkeit. Eine herbe Enttäuschung – war der Euro doch mit dem Versprechen eingeführt worden, die Eurozone zur wohlhabendsten Wirtschaftsregion der Welt zu machen.

Es musste erst das Drama der griechischen Schuldenkrise kommen, um sich dieser Misstände bewusst zu werden. Nun wurden die Fehler bestraft, die beim Eintritt dieses mythischen Landes in die Eurozone gemacht wurden – Fehler, die durch die mangelnde Wachsamkeit der Eurogruppe noch verschlimmert wurden. Ein katastrophaler Dilettantismus, der durch das große Vertrauen in den Euro möglich wurde. In der Folge wurde ein Maßnahmen- und Reformpaket geschnürt, dessen Wirksamkeit den kategorischen Formulierungen der von den Staats- und Regierungschefs bei den Gipfeltreffen abgegebenen Erklärungen nicht gerecht wurde. Eine ganze Palette an Verfahren wurde festgelegt. Ziel war es, Täuschungen und Lügereien zu bekämpfen, die nationalen politischen Maßnahmen zu koordinieren und Strukturreformen durchzusetzen, die Bedingung für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sind (Six-Pack, Two-Pack, Fiskalpakt, Troika, Europäisches Semester). Die Überschuldung einiger Länder wurde über spezifische Fonds (Europäischer Stabilitätsmechanismus), die von den Mitgliedern der Eurozone mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet werden, vergemeinschaftet. Ein ganzer Katalog an guten Vorsätzen – jedoch noch weit entfernt von einer Regierungsführung, die diesen Namen verdient, da sie sich auf geeignete Instrumente stützt, insbesondere auf ein Schatzamt. Dabei ist es dringend notwendig, die Konsequenzen aus der geteilten Währungshegemonie zu ziehen. Die Alternative ist einfach: politische Integration oder Chaos. Es sollte auf Ebene der Eurogruppe eine Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltsregierung, deren Vorsitz ein Minister aus den Reihen der Kommission führt, der dieses Amt als Hauptamt ausübt, eingesetzt und ein Schatzamt eingerichtet werden. Dementsprechend muss auch ein Haushaltsplan für die Eurozone und – zur Wahrung der demokratischen Legitimität – ein spezifisches parlamentarisches Forum vorgesehen werden.

Wenn das Wesentliche gewahrt wurde, dann ist das der Europäischen Zentralbank zu verdanken, deren jeweiligen Präsidenten den Mut hatten, sich nicht auf ihren institutionellen Auftrag zu beschränken, sondern weitergegangen sind und die Unzulänglichkeiten der Staaten ausgeglichen haben. Doch diese ziellose Steuerung im Kontext einer anhaltenden Krise beeinträchtigt Europa seit beinahe zehn Jahren und schreckt Investoren ab. Obwohl so viel Liquidität wie nie zuvor vorhanden ist, ist der Mangel an Investitionen offenkundig. Die Unternehmen sind zurückhaltend und die öffentlichen Verwaltungen verschieben Investitionen, um keine Strukturreformen durchführen zu müssen, ohne die laufenden Ausgaben dynamisch bleiben. Der kurzfristige politische Nutzen überwiegt dabei alle anderen langfristigen Überlegungen.

Direkt nach seiner Wahl zum Kommissionspräsidenten hat Jean-Claude Juncker erklärt, welches seine Prioritäten sind: Ankurbelung des Wachstums und Schaffung von Arbeitsplätzen. Wie aber kann ein solches Ziel erreicht werden, wenn es an wirtschaftspolitischer Steuerung mangelt? Wie den Haushalt als Hebel nutzen, wenn dieser bescheiden (1 % des europäischen BIP) und in einen mehrjährigen Finanzrahmen eingebunden ist? Wie mehr mit weniger erreichen? Indem man private Investoren für zukunftsweisende Projekte gewinnt (Forschung, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, digitale Welt, Energiewende...), in die der Markt nicht investieren möchte, da sie einen Risikofaktor beinhalten. Als Ausgleich für diesen Risikofaktor hat die Europäische Union einen Garantiefonds in Höhe von 21 Mrd. Euro eingerichtet, von denen 16 Mrd. Euro über den EU-Haushalt besichert sind und 5 Mrd. Euro von der EIB, der Trägerin des Fonds, übernommen werden. Mit kleinen finanztechnischen Kniffen soll es mit diesen 21 Mrd. Euro möglich sein, die dreifache Garantiesumme, d. h. 63 Mrd. Euro zu erzielen. Ziel dieses Garantiefonds ist es, von Seiten der Investoren die fünffache Summe an Investitionen zu generieren, also 315 Mrd. Euro. Dieser

Investitionsschub ist auf drei Jahre angelegt. Eigentlich ein intelligenter Plan – damit er aber gelingt, bedarf es einer Rückkehr des Vertrauens. Drei Faktoren können diese Dynamik jedoch bremsen.

Erstens benötigen Investoren einen einheitlichen und stabilen rechtlichen Rahmen. Nun ist der Binnenmarkt jedoch nach wie vor stark fragmentiert (Telekommunikation, Arzneimittel, Verkehr, Zugang zu Krediten...). Der zweite Faktor ist die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Volkswirtschaften. Dort, wo Strukturreformen hinausgezögert werden, schrecken fehlende Investitionserträge Unternehmen ab, die als Investoren in Frage kämen. Und schließlich schaffen die Widrigkeiten bei der Bewältigung der Krise in Griechenland ein Klima der Unsicherheit, das Investitionen wenig förderlich ist.

Die EU befindet sich an einem Wendepunkt. Es ist wichtiger denn je, dass sie sich entscheidet: politische Integration oder Chaos. Die Eurozone ist der Anfangspunkt des Föderalismus. Mögen unsere Staats- und Regierungschefs sich dessen bewusst werden und entsprechend handeln.

**Jean Arthuis**

## **EIN AUSGEWOGENER ANSATZ UND REALISTISCH**

*Das Europäische Parlament hat am 24. Juni 2015 die Entschließung über die wirtschaftspolitische Steuerung angenommen, deren Berichterstatteerin ich war. Nach langen Verhandlungen zwischen den Fraktionen hat sich das Parlament auf die Grundelemente und die eindeutigen Botschaften, die ich an den Rat, die Kommission, die Eurogruppe und die Europäische Zentralbank richten wollte, geeinigt. Der Bericht stellt einen realistischen Kompromiss dar, auch wenn die Behandlung der Griechenland-Frage gezeigt hat, wie wichtig und dringend eine Reform der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist. Er ist auf der Internetseite des Europäischen Parlaments verfügbar. Für die Leser dieses Magazins, meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, die ich hiermit grüße, fasse ich hier die wichtigsten Bestimmungen zusammen.*

### **Verstärkte Investitionen und Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen**

Manche denken zu Unrecht, dass der Hauptschwachpunkt der auf dem Höhepunkt der Krise erlassenen Bestimmungen in einer mangelnden Umsetzung durch die Mitgliedstaaten liegt. Ich mache hingegen auf die Notwendigkeit, Investitionshemmnisse zu beseitigen, auf das Risiko einer im Euro-Währungsgebiet weiterhin bestehenden niedrigen Inflation und zu hohen Arbeitslosigkeit aufmerksam; die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt sind zu verbessern.

### **Größere Haushaltsflexibilität**

Die Mitgliedstaaten müssen einen größeren Handlungsspielraum erhalten, um das Investitionsdefizit ausgleichen und eine bessere Umsetzung der Regelungen sicherstellen zu können, damit diese nicht das Wachstum behindern. Es wäre ratsam, nicht automatisch ein Defizitverfahren einzuleiten, wenn ein Mitgliedstaat durch seinen Beitrag zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI oder Juncker-Plan) die Defizitgrenze von 3 % überschreitet.

Dies ist auf der Grundlage der derzeitigen Regeln sowie der Mitteilung zur Flexibilität, die wir von der Kommission verlangt und erhalten haben, möglich. Ein hohes Niveau an Investitionen sollte als Hauptkriterium für zukünftige Bewertungen der Situation im Euro-Währungsgebiet gelten.

## **Bewertung und Verbesserung der Strukturreformen**

Die aktuell von den Staaten zu autoritär geforderten „Strukturreformen“ müssen verständlich und kohärent sein und mit Bedacht umgesetzt werden. Sie müssen einer Gesamtbewertung unterzogen werden: Die Auswirkungen der Kosten, der Mehrwert und die Effizienz des Zeitplans müssen untersucht werden. Letztendlich dürfen nur solche Reformen umgesetzt oder verfolgt werden, die mittel- und langfristig wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nutzen bringen. Die Reformpläne müssen von den nationalen Parlamenten genehmigt werden, um die Effizienz zu erhöhen, das Gefühl der nationalen Mitverantwortung zu stärken und die Sozialpartner voll einzubeziehen. Der Prozess der Unterstützung der Staaten muss zudem transparenter, einfacher und demokratischer ablaufen, damit die Staaten und ihre Bürgerinnen und Bürger die notwendigen Reformen durchführen können. Daher muss die Troika, die die Griechen bevormundet, geändert werden, es müssen weitere Akteure mit einbezogen werden und sie muss Gegenstand eines neuen Rechtsrahmens sein.

## **Verhinderung von makroökonomischen Ungleichgewichten und Förderung der Konvergenz**

Mein Bericht wirft klar die Frage der Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten auf. Die europäischen Instanzen haben schließlich zugegeben, dass die Wettbewerbsdefizite bestimmter Gebiete, insbesondere der Randregionen, durch die Gewinne und die allzu gesunde Wirtschaft der anderen, insbesondere in der Mitte Europas, verstärkt worden seien. Daher sind zur besseren Bewertung der Auswirkungen dieser Ungleichgewichte eine stärkere Überwachung und eine effizientere Behandlung der makroökonomischen Ungleichgewichte und deren Ursachen, sowohl bei defizitären Staaten als auch bei Überschussländern, sowie ein Gesamtansatz für das Euro-Währungsgebiet wichtig. Außerdem ist ein kohärenter Ansatz zwischen der Überwachung der Haushaltssituation und der Koordinierung der Wirtschaftspolitik notwendig.

## **Die Zukunft der WWU: Verbesserungen mit Gemeinschaftssinn**

Neben der dringenden Forderung nach einer Stärkung der Demokratie durch die Annahme von Konvergenzleitlinien im Mitentscheidungsverfahren, die für die kommenden Jahre Prioritäten festlegen, und die Ausarbeitung einer interinstitutionellen Vereinbarung zur Festlegung der Rolle des Europäischen Parlaments im europäischen Semester, fordere ich eine größere Rechenschaftspflicht der Eurogruppe im Entscheidungsverfahren, insbesondere durch Stärkung der Rolle des für Wirtschaft und Währung zuständigen Kommissionsmitglieds und durch Schaffung eines „europäischen Schatzamts“.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung (SKSV) müssen nach einer Bewertung in das Gemeinschaftsrecht einbezogen werden und dürfen nicht in der Zwischenstaatlichkeit verbleiben, durch die die Zwischenstaatlichkeit verstärkt wird.

Ich fordere außerdem eine soziale Dimension, einschließlich einer europäischen Arbeitslosenversicherung und eines europäischen Mindesteinkommens, u. a. zur Stärkung der Solidarität, sowie einen europäischen Haushalt für das Euro-Währungsgebiet und starke Initiativen, damit die Union und das Euro-Währungsgebiet besser gegen wirtschaftliche Krisen und Notfälle gewappnet sind. Außerdem rufe ich die Kommission auf, Vorschläge zur Sicherung eines nachhaltigen Schuldenabbaus vorzulegen.

Diese Entscheidungen müssen von Maßnahmen auf europäischer Ebene zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht flankiert werden und die Bankenunion muss vollendet werden, um die Verbindung zwischen Bankenkrise und Staatsschulden zu zerschlagen.

Dieser Bericht ist wichtig für das Europäische Parlament: Er soll einen Beitrag zur anstehenden Debatte über die Zukunft der WWU leisten. Dass das Parlament sich unter Einbeziehung meines Berichts auf einen Kompromiss verständigen konnte, ist auch ein

deutliches Signal an die anderen Institutionen und die Mitgliedstaaten und zeigt, dass es einen Weg gibt, sich über das einig zu werden, was Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion bedeutet.

### **Pervenche Berès**

*Leiterin der Delegation der französischen Sozialisten*

*Ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung*

*Ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten*

## **SOLLTE NICHT EHER DIE POLITIK DIE WIRTSCHAFT LENKEN?**

Durch die Finanzkrise wurden nicht nur die wirtschaftlichen Strukturen, sondern auch das institutionelle Gefüge der Europäischen Union erschüttert. Die Ereignisse haben eindeutig zu einem Vertrauensverlust bei den Bürgern beigetragen und die Glaubwürdigkeit der Union beschädigt, was ihre Fähigkeit anbelangt, die im System entstandenen Ungleichgewichte zu beheben.

Die Krise war und ist systemisch, und das in jeder Hinsicht, aber trotz all der von der Union eingeleiteten komplexen Schritte konnte das System nicht reformiert werden und auch die technischen Maßnahmen, die ergriffen wurden, haben keine Wirkung gezeigt. Selbst heute, nahezu acht Jahre nach dem Ausbruch der Krise, suchen wir immer noch danach, wie die Wirtschaft am besten gesteuert werden kann. Wir sind davon überzeugt, dass die in den vergangenen drei oder vier Jahren durchgeführten Reformen beisspiellos sind, durch die Krise ist aber inzwischen das Maß der Interdependenz zwischen unseren Volkswirtschaften seit Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion deutlich geworden.

Niemand zweifelt daran, dass die Länder der Eurozone enger miteinander zusammenarbeiten müssen, wenn es gilt, Entscheidungen zu treffen, bei denen die Interessen der jeweils anderen Mitglieder der Eurozone berücksichtigt werden. Dem von der Kommission veröffentlichte Plan für eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion ist zu entnehmen, wie in der nächsten Zeit auf der Grundlage der bereits eingeleiteten Reformen weiter vorgegangen werden soll – Reformen, mit denen zweifelsohne der Zusammenhalt betont und die Koordinierung der Politik der einzelnen Mitgliedstaaten verbessert wurde und mit denen man versucht, der Krise mit glaubwürdigen und wirksamen Mitteln zu begegnen.

Das Ziel dieser Maßnahmen ist es: a) die Ungleichgewichte in Bezug auf die Haushalte und die Makroökonomie zwischen den Staaten zum Zweck der Finanzstabilität zu kontrollieren, b) eine bessere Koordinierung der sozioökonomischen politischen Maßnahmen der Einzelstaaten zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung zu erreichen, c) Instrumente der Krisenbewältigung und der Solidarität für den Fall einzuführen, dass die Finanzstabilität der Eurozone in Gefahr gerät, d) den Banken- und Finanzsektor zu sanieren und zu rekapitalisieren sowie die Finanzregulierung auf nationaler Ebene und deren Koordinierung auf europäischer Ebene zu stärken.

Diese Sanierungsmaßnahmen gingen unter anderem mit der Schaffung von europäischen Koordinierungsstellen einher: die Europäische Bankaufsichtsbehörde, die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde, die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung usw. Trotz all dieser Initiativen ist die Krise immer noch nicht bewältigt, und die Glaubwürdigkeit der Union ist in den Augen ihrer Bürger nicht gestiegen.



Der Fall Griechenland ist ein Sinnbild für eine durch Ungewissheit und Unsicherheit geprägte Situation. Die Union scheint auch wegen der mangelnden Entschlossenheit bei den Vorschlägen zur Sanierung des Finanzsystems auf internationaler Bühne an Gewicht eingebüßt zu haben. Die Banken sind immer noch voller Derivate, die ihre Zahlungsfähigkeit bedrohen. Ihre Aufgaben der Finanzinvestitionen und -spekulationen sind von ihren Handelsaufgaben immer noch nicht klar getrennt, was zur Folge hat, dass die Realwirtschaft ohne Unterstützung der Finanzwelt zurechtkommen muss. Dies bedeutet, dass die Sparer immer noch in Gefahr sind, Finanzpiraten zum Opfer fallen, ohne dass sie von den Finanzinstituten, bei denen sie ihre Einlagen haben, davor geschützt werden.

Wir haben den Eindruck, dass diese intensiven Anstrengungen zur Verbesserung der einzelnen Sektoren mittels neuer Regelungen, mit denen die Folgen der Krise überwunden werden sollen, in Wahrheit nur formvollendete technokratische Fingerübungen ohne jegliche Auswirkungen für das tägliche Leben der Menschen und ihre Anliegen darstellen, und dass darüber hinaus die Menschen dabei nicht das Gefühl haben, dass all diese Maßnahmen für sie und für ihre Zukunft ergriffen werden. Wäre es daher nicht angebracht, einen politischen Weg einzuschlagen, der dazu führt, dass eine politische Union die Entscheidungen der Technokraten mit Leben füllt, und nicht umgekehrt, wie es derzeit der Fall ist?

**Cristiana Muscardini**

## **VON DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG ZU EINER REGIERUNG DES EURO-WÄHRUNGSGEBIETS**

Wie können wir die wirtschaftspolitische Steuerung, oder „Governance“, in eine „Regierung“ des Euro-Währungsgebiets umwandeln, ohne zumindest zum jetzigen Zeitpunkt die Verträge zu ändern? Es ist über einen kohärenten Weg möglich, der vier institutionelle Ziele umfasst, die allesamt konkret und umsetzbar sind.

Erstens. Die Umwandlung der „Wirtschaftsunion“ der Staaten des Euro-Währungsgebiets in eine „verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit“ gemäß Artikel 20 des Vertrags und insbesondere entsprechend Artikel 10 des Fiskalpakts. Dabei handelt es sich nicht um einen rechtlichen Formalismus, sondern um tatsächliche Substanz. Mit dem Instrument der „Verstärkten Zusammenarbeit“ wird eine besondere Ordnung geschaffen: mit stärkeren Verpflichtungen, einfacheren Beschlussfassungsprozessen und mit besonderen „Verträgen“ zwischen den Teilnehmerstaaten. Diese Ordnung ist jedoch nicht von der übrigen Union zu trennen, da die Kommission immer verbindende Befugnisse haben wird.

Zweitens. Mit der Festlegung einer „Verstärkten Zusammenarbeit“ könnten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um ein weiteres, kostbares Ziel zu erreichen: die Einrichtung einer Haushaltlinie mit Aufgaben und insbesondere Finanzmitteln, die strikt vom „mehrjährigen Finanzrahmen“ getrennt sind. Dies ist mit Artikel 332 des Vertrags zu vereinbaren. Das Euro-Währungsgebiet verfügt bereits über ein Gremium des Rats mit dem Namen „Euro-Gipfel“, ein Gremium des ECOFIN mit dem Namen „Euro-Gruppe“ und ein parlamentarisches Gremium mit dem Namen „interparlamentarische Konferenz für die wirtschaftspolitische *Steuerung*“. So könnte das Euro-Währungsgebiet darüber hinaus eine nach Mitteln gegliederte „Fiskalkapazität“ erwerben.

Drittens. Die Einrichtung eines „Europäischen Fonds zur Arbeitslosenversicherung“, mit dem die jeweiligen einzelstaatlichen Regelungen hierzu aufeinander abgestimmt werden. Aufgrund der erschreckend hohen Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen ist dieses Ziel wahrlich entscheidend für das Wohlergehen Europas.

Viertens. Die „Kommunikation der EU-Politik“ über unmittelbare und in der öffentlichen Wahrnehmung vertraute Mechanismen der demokratischen Legitimation. Ohne eine Änderung der Verträge kann dies nur über einen Ausbau der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den einzelstaatlichen Parlamenten erreicht werden. Die wirkliche institutionelle Revolution des Vertrags von Lissabon bestand darin, dass den einzelstaatlichen Parlamenten auch europäische Eigenschaften und Befugnisse übertragen wurden (Artikel 12). Die interparlamentarische Zusammenarbeit gründet und rechtfertigt sich nicht zuletzt auch mit der Unionsbürgerschaft, die die einzelstaatliche Staatsbürgerschaft ergänzt. Diese Ressource wurde aufgrund von gegenseitigem Misstrauen und Kurzsichtigkeit in den sogenannten „parlamentarischen Wochen“, die auch gemischte Sitzungen mit Europaabgeordneten und einzelstaatlichen Abgeordneten umfassen, bisher schlecht genutzt. Der Grundstein ist jedoch gelegt worden. Die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit doppelt – also staatlich und überstaatlich – zu legitimieren, wird zu dem Ziel führen, das wir tatsächlich anstreben sollten: einem euronationalen parlamentarischen System.

Dabei geht es natürlich um die wirtschaftlichen Maßnahmen. Um deren Wirkung jedoch zu stärken und um das europäische Schiff tatsächlich auf Kurs zu bringen, müssen diese allerdings institutionalisiert werden. Das kann erreicht werden, indem sie in einen Rechtsrahmen eingefügt werden, der deren politische Logik und demokratische Legitimität beweist.

**Andrea Manzella**

## **DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STEUERUNG EUROPAS**

Angesichts der Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, sollten wir der Problematik der wirtschaftspolitischen Steuerung der Europäischen Union unsere besondere Aufmerksamkeit schenken.

Global betrachtet spielt Europa insgesamt nach wie vor eine bedeutende Rolle, jedoch müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir auf den Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsräumen vorbereitet sein müssen – und zwar nicht nur mit den anderen beiden Mitgliedern der Triade, den USA und Japan, sondern auch mit anderen großen Ländern, die sehr hohe Wachstumsraten aufweisen. Unter anderem trifft dies für die BRIC-Staaten zu, insbesondere für China und Indien, die seit Jahrzehnten sehr hohe Wachstumsraten aufweisen (laut aktuellen Zahlen aus 2015 beträgt die Wachstumsrate in Indien 7,6 % und in China 6,9 %).

Es handelt sich hierbei um eine Herausforderung, der es mit Verbesserungen im Bereich Wettbewerbsfähigkeit zu begegnen gilt, und keinesfalls mit Protektionismus oder der Aufgabe des europäischen Sozialmodells, das aufrechterhalten und auch gestärkt werden sollte. Wir haben in der Union auch gute Beispiele für Länder, die die Überschüsse in ihrer Leistungsbilanz immer halten konnten, wie etwa Deutschland, mit einem Überschuss laut aktuellen Zahlen von 287 Mrd. USD, oder die Niederlande, mit einem Überschuss von 91,4 Mrd. USD.

Sie sind somit Vorbilder für Europa und die ganze Welt, wobei Deutschland einen ähnlich hohen Überschuss hat wie China, unser großer Konkurrent in Asien, der nicht dieselben Erfordernisse wie wir – aufgrund unseres Sozialmodells – zu erfüllen hat. Als konkrete Reaktion darauf ist jedoch ein gemeinsames Vorgehen aller Mitgliedstaaten der Union

erforderlich, das auf einem stärkeren Zusammenhalt und einer besseren Nutzung aller Ressourcen beruht, wovon auch die wohlhabenderen Länder profitieren werden.

Es handelt sich somit um eine Herausforderung, zu deren Bewältigung alle Organe aufgerufen sind, wobei jedes einzelne eine eigene Aufgabe hat; hervorzuheben ist das Europäische Parlament, das insbesondere durch den Vertrag von Lissabon an Bedeutung gewonnen hat.

Darüber hinaus sollte, ohne die Möglichkeiten der Dezentralisierung infrage zu stellen, in Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip die Frage gestellt werden, ob die Haushaltsmittel der Union ausreichend sind. Früher, als die Union aus 15 Ländern bestand, die im Allgemeinen näher beieinander lagen, betrug die Haushaltsmittel 12,4 % des BIP der Länder, was immer noch weniger war als das, was der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors für angemessen gehalten hätte. Man muss sich daher fragen, ob die derzeitigen Mittel, die 1 % unter diesem Wert liegen, in einer Zeit, in der die Entfernung zwischen den Ländern größer ist und in der die Herausforderungen der Globalisierung aufgrund dieser und anderer Schwellenländer immer größer werden, ausreichen.

Darüber hinaus sollten Anstrengungen im wirtschaftlichen Bereich im Sinne einer wirtschaftspolitischen Steuerung verstärkt gemeinsam unternommen werden, so wie dies bereits beim Sechserpaket und beim Zweierpaket, beim Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus sowie beim Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion geschehen ist.

Um die Legitimität solcher Maßnahmen zu illustrieren, sei hier das am 16. Juni 2015 ergangene Urteil des Gerichtshofes in der Rechtssache C-62/14, Gauthier u.a., erwähnt, in dem erklärt wird, dass das von der Europäischen Zentralbank im September 2012 angekündigte Programm für unbegrenzte Anleihekäufe mit dem Unionsrecht vereinbar ist. Die Anerkennung der Tatsache, dass dieses Programm, das den Erwerb von Staatsanleihen an den Sekundärmärkten erlaubt, die währungspolitischen Befugnisse der EZB nicht überschreitet und nicht gegen das Verbot der monetären Finanzierung von Mitgliedstaaten verstößt, stellte einen bedeutenden Schritt im Hinblick auf die wirtschaftspolitische Steuerung Europas dar.

**Manuel Porto**

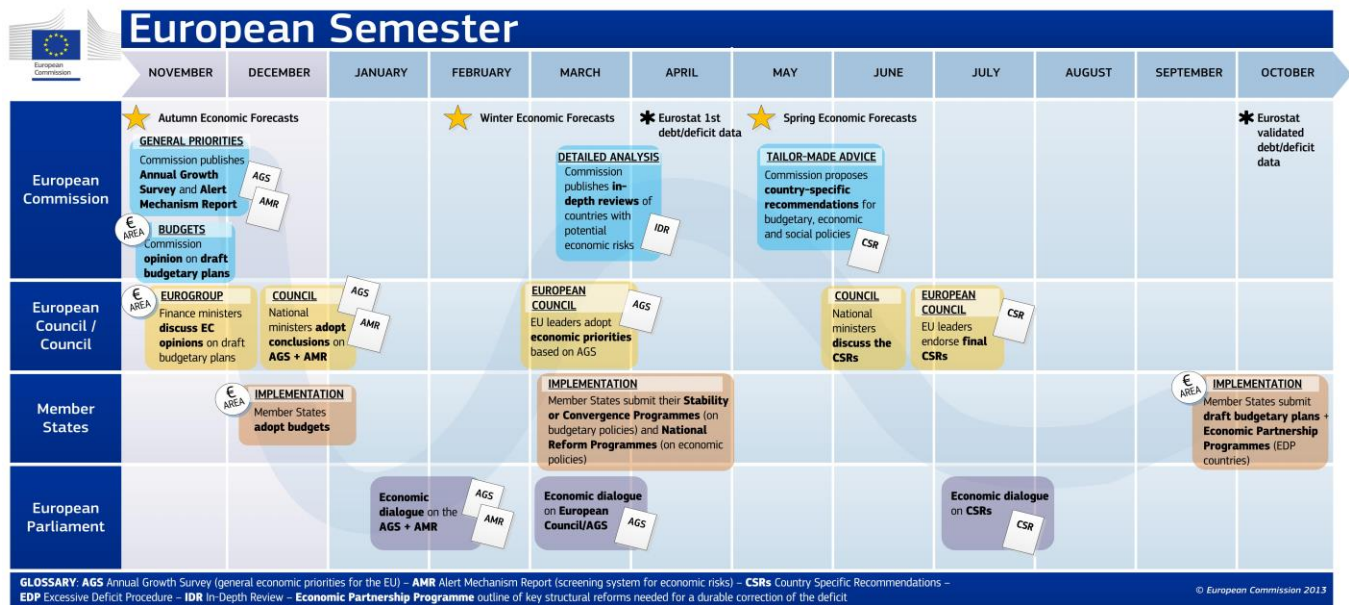
### **QUO VADIS, WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STEUERUNG?**

*Während konservative Kreise der wirtschaftlichen Verwaltung sich bei ihrer Reaktion auf die Krise stark auf Tempo und Agilität konzentrieren, besteht die Gestaltung eines Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung, die auf langfristige Effizienz und Wirksamkeit abzielt und gleichzeitig wirtschaftliche und finanzielle Integration fördert, im Einhalten des eingeschlagenen Kurses durch methodische, rigorose Schritte und erfordert eingehende Überwachungs-, Präventions- und Berichtigungsmechanismen. Aufgrund der Komplexität und systeminhärenten Eigenschaften dieser weitreichenden Probleme sind darüber hinaus Kenntnisse über Wirtschaft, Finanzen, Statistik, Technologie, Politik usw. für effektive Veränderungen nötig. Dies erfordert intensive und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen den zentralen und relevanten Wirtschaftsakteuren und insbesondere Ausdauer.*

**Das Europäische Semester basiert auf gut fundierten Prinzipien ...**

Die Krise hat zu vielfältigen Veränderungen in der wirtschaftlichen und finanziellen Verwaltung der Europäischen Union geführt, unter anderem auch durch das „Europäische Semester“, das auf drei Hauptzielen basiert:

- (i) *bessere Überwachung*
- (ii) *verbesserte Prävention*
- (iii) *„durchsetzbare“ Berichtigung*



## Kontinuierliche Bemühungen sind dennoch notwendig ...

Den Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung zu verbessern stellt eine schwierige Herausforderung dar und zwar aus mindestens vier Gründen:

- (i) *unvollständige oder widersprüchliche Informationen und Kenntnisse,*
- (ii) *die Anzahl der beteiligten Menschen und Meinungen,*
- (iii) *die große wirtschaftliche und finanzielle Belastung und*
- (iv) *die Verwobenheit dieser Problematiken mit anderen Herausforderungen.*

Diese Art von Problemen (manchmal als „böartige Probleme“<sup>1</sup> bezeichnet) wird typischerweise auf politische Entscheidungsträger abgewälzt oder als zu mühselig abgeschrieben, als dass man sie in der Masse angehen könnte. Es handelt sich dabei jedoch um die Herausforderungen – Nachhaltigkeit, Gleichheit und Wohlergehen insgesamt auf Makro- und Mikroebene –, die unsere Länder und unsere Welt plagen und die jeden und jede von uns täglich betreffen. Sie können durch den Prozess der Politikgestaltung abgeschwächt werden — eine intellektuelle Herangehensweise, die sich auf Empathie, abduktives Schlussfolgern und Schnellprototyping konzentriert. Es ist schwer, vielleicht sogar unmöglich, den Erfolg beim Lösen böartiger Probleme – in diesem Fall der wirtschaftspolitischen Steuerung – zu messen oder festzustellen, da sich die Probleme gegenseitig infizieren und die Grenzen traditioneller Probleme in der Politikgestaltung fehlen, die benannt oder definiert werden können. Lösungen für böartige Probleme (in diesem Fall

<sup>1</sup> Horst Rittel, einer der ersten, der eine formale Theorie zu böartigen Problemen aufgestellt hat, nennt zehn Eigenschaften dieser komplizierten sozialen Probleme (Rittel, Horst: Dilemmas in a General Theory of Planning. Policy Sciences, 1973, S. 155-169): Für böartige Probleme gibt es keine konkrete Formulierung.

eine maßgeschneiderte wirtschaftspolitische Steuerung) können nur gut oder schlecht sein (eine Wandlung zum Besseren oder Schlechteren), nicht wahr oder falsch. Es gibt keinen idealisierten Endzustand, den es zu erreichen gilt, und somit sollten Ansätze für bösartige Probleme in lenkbaren Methoden zur Verbesserung, und nicht zur Lösung einer Situation bestehen.

### **Ein Peer-Vergleich kann als Richtschnur dienen ...**

Die meisten wirtschaftlichen und sozialen Probleme – wie makroökonomische Ungleichgewichte, Finanzstabilität sowohl auf Makro- als auch Mikroebene, Ungleichgewichte auf Arbeits- und Produktmärkten, Ungleichheit usw. – sind bösartig. Sie können nicht „gelöst“ werden. Aber aufgrund der Rolle von Politikgestaltung bei der Entwicklung einer wirtschaftspolitischen Steuerung können politische Entscheidungsträger eine zentrale Rolle bei der Abschwächung der negativen Auswirkungen bösartiger Probleme spielen und die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklungsrichtung in neue und wünschenswertere Bahnen lenken. Es gibt kein vorgefertigtes Muster, dem man bei der Bewältigung bösartiger Probleme folgen kann, auch wenn die Geschichte und ein „Peer-Vergleich“ eine Richtschnur darstellen können. Teams, die sich mit bösartigen Problemen beschäftigen, müssen ihre Vorgehensweise buchstäblich selbst entwickeln. Es gibt immer mehrere Erklärungen für die einzelnen bösartigen Probleme, und ob diese Erklärungen zutreffen, hängt großteils von der individuellen Perspektive (d. h. Priorität oder „politischen“ Präferenz) ihres Entwicklers ab. Jedes bösartige Problem ist ein Symptom eines anderen Problems. Der verwobene Charakter makroökonomischer und finanzieller Systeme zeigt, wie z. B. eine Veränderung der öffentlichen Investitionsstrategie zu einem neuen Verhalten bei der Finanzintermediation führen wird. Es existieren zur strategischen Bekämpfung von bösartigen Problemen keine festgelegten wissenschaftlichen Tests. Grund hierfür ist, dass bösartige Probleme auf menschliches Verhalten zurückzuführen sind und man sich wissenschaftlich damit beschäftigt, natürliche Phänomene nachzuvollziehen. Für die „Lösung“ eines bösartigen Problems hat man oftmals nur einen einzigen Versuch, da eine wesentliche Intervention den Gestaltungsspielraum derartig reduzieren kann, dass die Möglichkeiten für die Anwendung der Versuch-und-Irrtum-Methode minimiert sind. Jedes bösartige Problem ist einzigartig. Diejenigen, die Lösungen für ein bösartiges Problem entwickeln, müssen volle Verantwortung für ihr Handeln übernehmen, da in der Regel sehr viel auf dem Spiel steht und Fehlritte sehr teuer sein können.

### **Fundierte und dauerhafte Prinzipien wie Transparenz, Glaubwürdigkeit und gesunder Menschenverstand sollten Vorrang haben.**

Die Transparenz der Gestaltung wirtschaftlicher Steuerung lässt derzeit deutlich zu wünschen übrig. Trotz konsolidierter Fassungen der geänderten Verordnungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts interessiert sich außer den Beamten niemand wirklich für die sehr komplizierten Regelungen und Praktiken, die das Kernstück der Demokratie bilden – den Haushalt. Klare Regeln und deren Einhaltung, die von unabhängiger Seite sichergestellt werden kann, sind notwendig für eine gesunde, öffentliche Debatte in einer Demokratie. Verbesserte Transparenz sowohl bei Makrofinanzhilfe als auch auf Überwachungsebene wird eine Debatte zu den verfolgten Strategien ermöglichen und kann zu neuen, rechtlichen Schritten führen.

#### ***Dirk Verbeken***

*Generalsekretariat, GD Interne Politikbereiche, Direktion Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik*

## **DAS POLITISCHE LEBEN IN LETTLAND**

Wenn wir Staaten besuchen, die den Ratsvorsitz innehaben, ist es uns ehemaligen Parlamentsmitgliedern besonders wichtig, uns mit den aktuellen Akteuren der Politik auszutauschen. Wir erhoffen uns, dadurch ein tieferes Verständnis der dem Land zugrunde liegenden Mechanismen zu gewinnen. Unter anderem sind es diese Treffen, die diese Besuche so einzigartig machen.

Unser erstes Treffen hatten wir mit der Fraktion der sozialdemokratischen Partei „Harmonie“ (SDPS), die durch Igors Pimenovs, Mitglied des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des lettischen Parlaments, und Arturs Rubiks, den stellvertretenden Parteivorsitzenden, vertreten wurde. Die SDPS betrachtet sich als sozialdemokratische Partei und ist im Europäischen Parlament der Sozialdemokratischen Partei Europas angeschlossen. Eines der Hauptvorhaben der baltischen Staaten ist es, die Verteidigungsausgaben jeweils auf zwei Prozent des BIP zu steigern. Alle drei baltischen Republiken kämpfen mit dieser Herausforderung und im Fall von Lettland wird darauf hingearbeitet, dies bis 2020 zu erreichen. Die SDPS ist ein starker Befürworter dieses Vorhabens.

Ein großer Teil der Unterstützung für die SDPS kommt von der russischen Minderheit in Lettland. Allerdings hat man ohne die lettische Staatsbürgerschaft kein Wahlrecht, weshalb es falsch wäre, zu behaupten, die SDPS sei nicht patriotisch. Die Partei stellte sich gegen die russische Übernahme der Krim und musste dafür nach eigenen Angaben bei der Wahl im Herbst 2014 Stimmen der russischstämmigen Volksgruppe einbüßen. Doch wurde die SDPS bereits von Beginn an von der Regierungsbildung ausgeschlossen. Obwohl sie die meisten Sitze im Parlament hat, wird sie nicht als potenzieller Koalitionspartner gehandelt.

Dies heißt im Grunde genommen, dass in Lettland ein Einparteiensystem herrscht: Die SDPS genießt eine solch große Unterstützung in der Bevölkerung, dass die Oppositionsparteien keine andere Möglichkeit haben, als zu koalieren, um eine Regierung zu formen. Sich zusammen zu schließen, nur um eine anderer Partei mit einem demokratischen Mandat grundsätzlich davon abzuhalten, eine Regierung zu stellen, ist für eine Demokratie keine gute Grundlage.

In anderen Bereichen der Politik ist die SDPS nicht weit von traditionellen sozialdemokratischen Ansichten entfernt. Sparmaßnahmen gegenüber ist man eher verhalten, und Pimenovs Aussage, dass die Finanzmärkte nicht die Welt regieren sollten, wird weiterhin unterstützt.

Als nächstes sprachen wir mit Jānis Dombrova, dem leitenden Pressesprecher der Partei Nationale Vereinigung. Das Hauptmerkmal ihres Parteimanifests ist der hohe Stellenwert der Erhaltung von lettischer Tradition und Religion. Genau wie die anderen Parteien unterstützt auch sie die Anhebung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent, ist aber dafür, dies bereits bis 2018 und nicht erst 2020 zu erreichen.

Auf eine unserer Fragen zur Familienpolitik wurde uns ein zehnminütiger Vortrag darüber gehalten, wie wichtig es für Frauen sei, Kinder zu bekommen.

Auch ihre Ansichten zu den Rechten von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen würden bei der Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments wohl kaum auf Zustimmung treffen.

Danach trafen wir den stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der Partei Einigkeit (V), Edvards Smiltēns. Die Mitte-Rechts-Partei ist im Europäischen Parlament der Europäischen Volkspartei angeschlossen. Auch sie unterstützen die Anhebung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent, allerdings bis 2019.

Nach Aussagen der Partei bemüht sie sich, die Russen in den parlamentarischen Prozess zu integrieren und auch Russen als Anhänger für sich zu gewinnen. Obwohl sie es damit anscheinend ernst meinen, konnten uns keine konkreten Beispiele für die Miteinbeziehung von Angehörigen der russischen Minderheit in ihre politischen Strukturen genannt werden.

Am darauffolgenden Tag stand ein Treffen mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Ojārs Ēriks Kalniņš, und der Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, Lolita Čigāne, an. Vorher hörten wir eine Rede von Ināra Mūrniece, in der ein recht deutliches Bild von Lettlands Standpunkten zu einer Reihe von internationalen Angelegenheiten gegeben wurde.

Wir hatten einen sehr interessanten Meinungsaustausch mit Herrn Kalniņš, der Botschafter in Washington gewesen war, und Frau Čigāne, die offensichtlich eine starke Befürworterin der EU ist. Beiden sind die negativen Auswirkungen, die die Sanktionen gegen Russland auf Lettland haben, bewusst, sind jedoch trotzdem der Ansicht, dass der europäische Zusammenhalt außerordentlich wichtig ist. Sie sagten daher zu, alle Beschlüsse des Ministerrates zum Umgang mit Russland zu unterstützen. Interessanterweise scheinen sich beide damit abgefunden zu haben, dass Russland die Krim nicht wieder hergeben wird.

Zum Abschluss unterhielten wir uns mit Nils Ušakovs, dem Bürgermeister von Riga und Parteivorsitzenden der SDPS. Er erklärte uns, dass viele Menschen in Lettland die russische, anstelle der lettischen Staatsbürgerschaft behalten hätten, da sie intensive geschäftliche oder familiäre Beziehungen in Russland haben. Es ist jedoch weder in Lettland noch in Russland möglich, beide Staatsbürgerschaften zu besitzen. Das Wahlrecht und die Möglichkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, wurde also zugunsten der einfacheren Einreise ohne Visum zu Familienangehörigen nach Russland aufgegeben.

Ušakovs hat in Riga sicherlich viel bewegt. Er arbeitet emsig an der Förderung des Tourismus und am Ausbau des Hafens.

Im Großen und Ganzen vermittelt Lettland den Eindruck, dass es eine voll funktionsfähige Demokratie ist, die ihre kommunistischen Tage längst hinter sich gelassen hat. Trotzdem ist der kategorische Ausschluss der stärksten politischen Partei von jeglicher Art der Regierungsbeteiligung besorgniserregend. Abgesehen davon, dass es nicht förderlich ist, eine Partei grundsätzlich auszuschließen, schadet es auch, immer die gleichen Parteien in der Regierung zu haben. Dies kann dazu führen, dass sich korrupte Strukturen einschleichen, und anstelle von verschiedenen Meinungen lediglich unterschiedlichen Facetten der gleichen Politik vertreten werden.

**Richard Balfe**

## **DIE SCHRECKLICHE UND LEIDVOLLE ERFAHRUNG AUSLÄNDISCHER BESATZUNG PRÄGT LETTLAND BIS HEUTE.**

Lettland befand sich während eines Großteils seiner Geschichte unter ausländischer Besatzung, allein im 20. Jahrhundert 51 Jahre lang, da das Land im Juni 1940 erst von der Sowjetunion, dann im darauffolgenden Jahr vom Deutschen Reich und 1944 wieder von der Sowjetunion besetzt wurde. Die Geschichte der Besatzung, der Verfolgung und der

Deportationen während der sowjetischen und der nationalsozialistischen Diktatur wird in dem in der lettischen Hauptstadt Riga ansässigen Museum der Besatzung Lettlands lebendig und eindrucksvoll nachgezeichnet. Die dortige Ausstellung trägt dazu bei zu erklären, warum die Erfahrung mehrerer leidvoller Perioden unter ausländischer Besatzung die lettische Bevölkerung bis heute prägt.

Im Sommer 1944 marschierten sowjetische Truppen im nationalsozialistischen Deutschland ein und besetzten Lettland. Infolge dieses Ereignisses flüchteten sich die Letten zu Tausenden ins Ausland. Als der Zweite Weltkrieg im Mai 1945 in Europa endete, hatten um die 200 000 Einwohner das Land als Flüchtlinge, Evakuierte oder Zwangsarbeiter verlassen oder waren in Konzentrationslager ins Ausland verschickt worden.

Das 1993 eingerichtete Museum der Besatzung Lettlands ist eine geschichtliche Einrichtung im Zentrum von Riga, mit der nach eigener Darstellung daran erinnert werden soll, was Lettland und seinem Volk unter zwei totalitären Besatzungsmächten in den Jahren 1940 bis 1991 widerfahren ist.

Es soll der Opfer der Besatzung gedacht werden: derer, die ums Leben kamen, die verfolgt wurden, die vertrieben wurden oder die vor dem Schrecken der Besatzungsregime geflohen sind;

der Welt sollen die Verbrechen in Erinnerung gerufen werden, die ausländische Mächte am lettischen Staat und am lettischen Volk begangen haben.

In der Museumsausstellung, die aus historischen Dokumenten und Fotografien besteht, wird die Unterdrückung und Verfolgung des lettischen Volkes als eine Folge der Besatzung durch ausländische Mächte nachgezeichnet sowie der Trotz und der Widerstand gegen die unmenschlichen Bedingungen in den Gefängnissen und im sibirischen Exil dokumentiert.

Im nahegelegenen KGB-Haus, das oft auch als Haus an der Ecke bezeichnet wird, hatte das sowjetische Komitee für Staatssicherheit (KGB) seinen lettischen Hauptsitz. Dieses Gebäude erinnert ebenfalls in eindrucksvoller Weise an die schrecklichen Erfahrungen Lettlands unter ausländischer Besatzung. Nachdem die Sowjetunion Lettland am 17. Juni 1940 besetzt hatte, wurden in diesem im Zentrum Rigas gelegenen Gebäude Letten, die als Gegner des Sowjet-Systems galten, verhört und festgehalten. Es wurden dort insgesamt 186 Todesurteile vollstreckt. Als Lettland im Anschluss an die Besatzung durch das nationalsozialistische Deutschland 1945 wieder in die Sowjetunion eingegliedert wurde, kam auch das KGB nach Lettland zurück, um unverzüglich 48 000 Strafverfahren wegen antisowjetischer „Vergehen“ einzuleiten.

Im KGB-Haus fand ich einen Hinweis auf eine lettische Person, die in das ehemalige sowjetische Arbeitslager in der Nähe der Stadt Perm an der sibirischen Grenze verbannt worden war, das ich 2011 als Teil der vom Verein der ehemaligen Mitglieder organisierten Studienfahrt nach Russland besucht habe. Es ist bedauerndswert, dass Perm-36 – das letzte erhaltene GULAG-Arbeitslager aus der Stalin-Ära – in diesem Jahr auf Veranlassung des Regimes unter Präsident Putin geschlossen werden musste, obwohl es für die Ernennung zum UNESCO-Weltkulturerbe nominiert war und sich zu einem wichtigen Zentrum zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und der Menschenrechte entwickelt hatte.

Die lange Geschichte der ausländischen Besatzung Lettlands, die im Museum der Besatzung Lettlands und im KGB-Haus in Riga so anschaulich dargestellt wird, prägt die lettische Bevölkerung bis heute. Die Annexion der Krim durch Russland und der Konflikt in der Ukraine verursachen hier erhebliche Besorgnis, da auch Lettland im Osten an Putins Russland angrenzt.

**Michael McGowan**



## **DAS LETTISCHE TRAUMA UND SEINE FOLGEN**

Es war ein kühler, aber meist sonniger Sommer, als ich im August 1993 eine Ostseerundreise machte, um nach dem Niedergang des Eisernen Vorhangs Polen und die baltischen Staaten kennenzulernen, eben auch Lettland mit seiner schönen Hauptstadt Riga. Blumenbekränzte Menschen empfingen uns und unterhielten uns mit Liedern der „singenden Revolution“, sie zeigten uns Altstadt und Jugendstilviertel und berichteten, was sie sich vorgenommen hatten: ihre Stadt in neuer Schönheit zu restaurieren. Da ist vieles gut gelungen. Ich war später immer mal wieder da und konnte mich von den Fortschritten überzeugen. Deshalb habe ich mich gefreut, als Mitglied einer FMA-Gruppe wieder einmal dort zu sein und zu sehen, wie es voran geht. Nach den offiziellen Terminen war der Egli-Handwerkermarkt das Ziel meiner Wahl, wo landestypische Souvenirs angeboten werden und man in den Lokalen rundum bei Livemusik in der Sonne sitzen und sich einen lettischen Sekt genehmigen kann.

Also alles paletti? Nicht so ganz.

Bei meinem ersten Riga-Besuch schlug mir offener Russen-Hass entgegen. Die Unterdrückten machten sich Luft, das war zu verstehen, aber es war nicht die geringste Verständigungsbereitschaft zu erkennen. Das lettische Trauma war, im eigenen Land zur Minderheit zu werden. Dass dies verhindert wurde, ist wohl der Wende zu verdanken, denn für 1989 weist die Bevölkerungsstatistik einen lettischen Bevölkerungsanteil von nur noch 52 Prozent aus. Dreissig Jahre zuvor waren es noch 62 Prozent gewesen.

Während der Anteil der Letten ständig zurückging, nahm der Anteil der Russen stetig zu: von 26,6 Prozent in 1959 auf 34,0 Prozent in 1989, wobei mit Weissrussen oder Ukrainern noch weitere Russischsprachler hinzukamen, was die Furcht der Letten verstärkte. Die letzte Volkszählung 2011 ergab Werte, die nahezu identisch mit denen von 1959 sind: Letten 62,1 Prozent, Russen 26,9 Prozent. Die Letten müssen sich heute also nicht mehr bedroht fühlen.

Sie sollten den Russen die zweifellos harten Jahre der Sowjetherrschaft nicht länger nachtragen, sondern einräumen, dass diese ihre privilegierte Stellung verloren haben und sich auch schwer tun, sich neu zu sortieren.

Russisch als zweite Amtssprache zu verweigern und vielen die Staatsbürgerschaft vorzuenthalten, weil sie mit Lettisch als Sprache nicht klarkommen und Probleme mit der Einbürgerungsprozedur haben, kann den inneren Frieden nur gefährden! 260 000 Personen oder 13 Prozent der Bevölkerung sind staatenlos. Sie erhalten zwar eigene Pässe, die ihnen uneingeschränkte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zugestehen, aber sie dürfen nicht Beamte oder Polizisten werden, ohne Genehmigung kein Land erwerben und sind vom Wahlrecht ausgeschlossen. Offener Hass ist mir nicht mehr begegnet, aber auch Russen mit lettischer Staatsbürgerschaft haben mit Diskriminierungen zu kämpfen.

Lettland wird von Reporter ohne Grenzen ein guter Standard der Medienfreiheit attestiert. Es gibt auch einen russischsprachigen Baltikum-TV-Kanal. Der russischsprachige Bevölkerungsteil konsumiert jedoch überwiegend die Kanäle aus Putin-Russland, die immer mehr zu Propagandaanstalten werden und sicher nicht ohne Einfluss bleiben. Der beste Schutz davor kann nur eine wirkliche Integration der Minderheiten mit gleichen Rechten sein, wie es den europäischen Werten entspricht. Vielleicht gilt das bei meinem nächsten Besuch in Riga? Dann würde der Sekt auf dem Egli-Markt noch besser munden.

**Karin Junker**

## **FMA – EIN NETWORK VOLLER LEBEN**

Wie wahr:

Der Honourable Don Boudria, ehemaliger Abgeordneter (Liberales Partei Kanadas), schreibt uns nach meinem Besuch in Ottawa (Kanada) vom 31. Mai – 2. Juni 2015:

Meiner Meinung nach ist der Wert unseres kanadischen Vereins vielfältig. Es erlaubt uns als ehemaligen Parlamentarier, fortzusetzen, miteinander zu treffen und Freunde in einer Weise zu machen, die vorher schwierig war, als wir noch aktiv in der Politik und unter ständigem Druck durch Wahlen und Parteigänger waren. Außerdem haben viele von uns viel Erfahrung erworben. Durch den kanadischen Verein der ehemaligen Parlamentarier (CAFP) haben wir es eingerichtet, in Schulen und Universitäten zu sprechen, um den Wert der öffentlichen Dienste und unsere demokratischen Werte mit jungen Leuten zu teilen. Auf internationaler Ebene hat unser Verein uns erlaubt, mit Bekannten aus der EU, den Vereinigten Staaten und sogar aus Australien zusammenzutreffen und manchmal Kontakte wieder aufzugreifen.

Don Boudria hat mich im Namen des Präsidenten Hon. Andy Mitchell, (ebenfalls Liberale Partei) und des geschäftsführenden Direktors Jack Silverstone mit großer Gastfreundschaft betreut. Die kanadische Vereinigung besteht seit 1987, und unser Lord Balfe hat gegenseitige Begegnungen vermittelt.

Beeindruckend ist auch dort der Gedenkgottesdienst, verstärkt durch das zudem äußerst würdevolle räumliche Ambiente im Kanadischen Parlament auf dem Parliament Hill (Parlamentshügel) am Südufer des Flusses Ottawa. Die Vereinigung lobt zudem jährlich einen "*Distinguished Service Award*" aus und hat eine sehr kreative "*CAFP Educational Foundation*" (Ausbildungsstiftung) ins Leben gerufen, um ihre Bildungsprogramme finanzieren zu können.

Das Magazin "*Beyond the Hill*" erscheint in zweifacher getrennter Ausfertigung (französisch und englisch). Die Studienaufenthalte sind vermehrt auf die Regionen ausgerichtet, so wie wir in der FMA halbjährlich die Mitgliedstaaten erkunden, die gerade die EU Ratspräsidentschaft innehaben. Die kanadische Vereinigung hat noch etwas gemeinsam mit uns: Sie sucht – wie wir – nach neuen Veranstaltungsformen, um attraktiv zu bleiben.

Was auch zählt: Zunehmend stimmt sich Kanada, flächenmäßig immerhin das zweitgrößte Land der Welt, auch mit der Europäischen Union über politische und wirtschaftliche Themen ab – und legt beredtes Zeugnis ab über seine Vergangenheit und Gegenwart in seinen beeindruckenden und umfassenden Museen.

## **FP-AP BUREAU MEETING IN FUNCHAL (MADEIRA) 11. – 14. JUNI 2105**

Die Freude war gegenseitig. Dr. Mário Sergio Quaresma Marques vertrat den Präsidenten der Regionalregierung, Dr. Miguel Albuquerque, als regionaler Sekretär für Parlament und europäische Angelegenheiten. Sergio Marques ist ehemaliges MdEP (EVP) (1999–2009), und die gemeinsamen Themen wie Sicherheit im Seeverkehr, Inseln und (am meisten) abgelegene Regionen, Infrastruktur, Tourismus, Fischzucht sowie der Ausschuss der Regionen wurden deutlich – wie auch in den Reden der anderen hochrangigen Repräsentanten Madeiras sowie – natürlich – das Verhältnis EU-Madeira. So berichtet Sergio Marques nach unserem Besuch: Die Presse und die Repräsentanten sehen unser Mitwirken als sehr positiv an – und begrüßten die Gelegenheit, die besonderen Interessen der Region in der FP-AP Vereinigung diskutieren zu können.

Prof. Dr. Luis Nandin de Carvalho, FP-AP-Präsident, hatte die 18 Mitglieder des Vereins eingeladen. Andrea Manzella und ich vertraten mit Giorgia Zia unsere FMA; Jan-Willem Bertens wurde Kassenprüfer! Zum 20jährigen der FP-AP waren wir 2014 in Brüssel Gastgeber im EP.

Sissi war da, und Churchill hat Câmara de Lobos, eines der ältesten Fischerdörfer Madeiras, in seinen Bildern verewigt. Madeira ist auch geostrategisch wichtig, und Themen geopolitischer Veränderungen spiegeln sich in den FP-AP-Aktivitäten – würdig einer europäischen Organisation unter dem Patronat des Europarats.

**Brigitte Langenhagen**

## **REGIONALE AUTONOMIE**

### **KURZE ANMERKUNGEN ZU DEN GRUNDLAGEN UND DEM MEHRWERT DES POLITISCH-ADMINISTRATIVEN STATUS DER AUTONOMEN REGION MADEIRA**

Der Verfassungsgrundsatz der politisch-administrativen Autonomie des Archipels Madeira (sowie der Azoren) ist in der Verfassung der Portugiesischen Republik aus dem Jahr 1976 enthalten und in den geografischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Besonderheiten dieses Archipels sowie in dem historischen Bestreben der Inselbevölkerung nach Autonomie begründet (Artikel 225 Absatz 1 der Verfassung der Republik Portugal).

Aus verfassungsrechtlicher Perspektive zielt die regionale Autonomie auf die demokratische Teilhabe der Bürger, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Förderung und den Schutz der Regionalinteressen sowie auf die Stärkung der nationalen Einheit und des solidarischen Zusammenhalts zwischen allen Portugiesen ab (Absatz 2 der vorstehend erwähnten Bestimmung).

Der portugiesische Verfassungsgesetzgeber betont, dass sich die regionalen Autonomien in den Rahmen des Grundsatzes der Einheitlichkeit des Staates einfügen, und legt fest, dass Portugal ein Einheitsstaat ist. Aus dieser Bestimmung ergeben sich maßgebliche Einschränkungen in Bezug auf die Organisation und das Handeln der autonomen Regionen Portugals; diese Einschränkungen werden vom Verfassungsgericht bei Gutachten zur Bewertung der Verfassungs- und Rechtmäßigkeit regionaler Vorschriften sehr strikt ausgelegt.

In der Verfassung wird insbesondere Wert darauf gelegt, dass im gleichen Artikel über das politisch-administrative System der autonomen Regionen festgehalten wird, dass die politische und administrative Autonomie nicht die Unantastbarkeit der Staatssouveränität berührt und sich im Rahmen der Verfassung vollzieht. Dennoch werden dem Einheitsstaat durch das Subsidiaritätsprinzip anerkanntermaßen Grenzen gesetzt.

Der vorläufige politisch-administrative Status der Autonomen Region Madeira wurde durch das Gesetzesdekret 318-D/76 vom 30. April 1976 genehmigt und ist seit 1991 in Kraft.

Der derzeit geltende politisch-administrative Status der Autonomen Region Madeira wurde erst durch das Gesetz 13/91 vom 5. Juni 1991 genehmigt; inzwischen wurde er durch die Gesetze 130/99 vom 21. August 1999 und 12/2000 vom 21. Juni 2000 geändert. Es handelt sich um einen ziemlich umfassenden Text mit 154 Artikeln, der insbesondere darauf abzielt, die regionale Organisation und die regionalen Aktivitäten in Ergänzung zum Verfassungstext auf den Inseln zu regeln.

In der Verfassung werden die Befugnisse, die aus dem regionalen politischen und administrativen Status herrühren, nicht eindeutig festgelegt, sodass es zu Konflikten zwischen dem Zentralstaat und der autonomen Region gekommen ist.

So sind derzeit in den politisch-administrativen Statuten weiterhin Vorschriften enthalten, denen nach der Überarbeitung der Verfassung aus dem Jahr 2004 kein wesentlicher satzungsmäßiger Charakter mehr zugeschrieben wird (etwa der Frage des Wahlsystems), oder anderweitige Vorschriften, die nach Auffassung des Verfassungsgerichts keinen solchen Charakter haben, obgleich sie formell in den Statuten verankert sind.

Die Genehmigung des politischen und administrativen Status der Autonomen Region Madeira fällt in die Zuständigkeit der Versammlung der Republik. Der Status gilt als vorrangiges Verfassungsgesetz.

Das Verfahren zu seiner Genehmigung und zur Durchführung von späteren Änderungen wird in der Verfassung der Republik (Artikel 226 der Verfassung der Republik Portugal) geregelt.

Die Initiative zur Genehmigung eines neuen Status oder zur Änderung des Status fällt in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Gesetzgebenden Versammlung Madeiras, die in der Untersuchungsphase befugt ist, beratend Stellung zu nehmen, was etwaige Änderungen oder sogar eine grundsätzliche Ablehnung möglicher Vorschläge der Versammlung der Republik betrifft.

Die Initiative muss von einer Zwei Drittel-Mehrheit der anwesenden Abgeordneten angenommen werden, die größer als die absolute Mehrheit der ihr Mandat ausübenden Abgeordneten ist.

Aus der Einstufung als Schwerpunktgesetz resultiert die Rechtsverbindlichkeit des politisch-administrativen Status; ihm wird gegenüber anderen Gesetzgebungsakten auf gleicher hierarchischer Ebene daher Vorrang eingeräumt.

**Dr. José Lino Tranquada Gomes**

## **" EP TO CAMPUS" MANAGEMENT DER AUßENGRENZEN DER EU**

Das von der Universität Salamanca für die Konferenz vorgesehene Thema, „Die Herausforderungen, die der Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union mit sich bringt“, betrifft einen Bereich, in dem ich während der fünf Jahre von 1999 bis 2004, in denen ich Mitglied des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) war, eng eingebunden war. Spanien ist zwar eines meiner bevorzugten Reiseziele in Europa, Salamanca jedoch hatte ich nie zuvor besucht und entschloss mich deswegen, mich freiwillig zur Verfügung zu stellen.

Als ich die Einladung annahm, ahnte ich nicht, dass die Europäische Kommission ausgerechnet in der Woche, in der die Konferenz stattfinden sollte, Vorschläge für Quoten für Migranten vorlegen würde. Aktueller hätte dieses Thema daher nicht sein können.

Salamanca hat, so erfuhr ich, wie viele andere Städte in Spanien einen Flughafen, der jedoch aufgrund der derzeitigen Wirtschaftslage nur sehr wenige Flüge anbietet. Die Anreise zu dieser ehrwürdigen Universitätsstadt musste deswegen indirekt erfolgen und schloss eine zweistündige Busfahrt von Madrid aus ein. Nachdem ich um vier Uhr morgens von zuhause losgefahren war, war ich erleichtert, mein Ziel kurz vor zwei Uhr nachmittags zu erreichen, wo ich am Busbahnhof von der entzückenden Soledad Sanchez-Tabernero, Koordinatorin des Masterprogramms Europastudien an der Universität, empfangen wurde, die mich zusammen mit Professor Juan Santos Vara während meines Besuchs betreute.

Ich traf auf meine Kollegen unter den ehemaligen Mitgliedern, darunter Krzysztof Lisek, und gab meiner Rede bald darauf den Titel: „Migration – Europas größte Herausforderung“. Teils auf Spanisch, teils auf Englisch legte ich meinen Standpunkt dar, indem ich im Einzelnen darauf hinwies, dass die Bewältigung des Problems der furchtbaren Bootsunglücke im Mittelmeerraum in unserer gemeinsamen Verantwortung als Europäer liegt. Ich zitierte meinen Freund und ehemaligen Kollegen aus meiner Zeit in Brüssel und Straßburg, Joe Muscat, der heute Premierminister Maltas ist und jüngst erklärte: *„Eines Tages wird Europa für seine Untätigkeit scharf verurteilt werden, ... genau so wie es verurteilt wurde, als es bei einem Völkermord weggeschaut hatte“*. Diese Ansicht teile ich uneingeschränkt.

Im Gegensatz hierzu hob ich auch die Worte des britischen Außenministers Philip Hammond hervor: *„Wenn man Menschen eine Klippe hinabstürzen sieht,... setzt man nicht all seine Mittel dafür ein, um sie unten aufzusammeln... man baut besser oben auf der Klippe einen Zaun“*.

Nein, Herr Hammond, sagte ich, man fragt sich eher, was diese Menschen dazu bringt, die Klippe hinabstürzen oder das gefährliche Mittelmeer in einem seeuntüchtigen Boot überqueren zu wollen, und versucht dann die Ursachen anzugehen.

Die Studenten gaben mir positive Rückmeldungen auf meine Überlegungen und meinen anschließenden Vortrag mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik“. Daraufhin beantwortete ich viele Fragen sowohl zu diesem Thema als auch zu der jüngsten Parlamentswahl in Großbritannien, deren Ergebnis ich noch immer außerordentlich bedauere!

Ich habe mich auch darüber gefreut, dass die Universität uns exklusiv die Möglichkeit gegeben hat, alte Bücher aus dem Bestand der Universitätsbibliothek zu betrachten. Da diese jahrhundertalten Bücher der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung stehen, fühlte ich mich geehrt, diese Schätze sehen – wenn auch nicht berühren – zu dürfen.

Mein Kurzbesuch in Salamanca ging viel zu schnell vorüber und es wurde schon Zeit, nach Hause zu fahren. Juan Santos Vara, Soledad und ihre Kollegen hätten mich nicht besser empfangen können, wofür ich mich herzlich bedanken möchte. Ich bin sicher, dass es nicht meine letzte Reise nach Salamanca war!

**Robert Evans**

## **"EP TO CAMPUS" CLUJ-NAPOCA: EUROPÄISCHE JUGEND HAUPTSTADT**

Seit ich in Cluj bin, frage ich mich, warum das Bild von Rumänien in Europa so wenig mit der Wirklichkeit vor Ort zu tun hat. Die Stadt Cluj, vormals Klausenburg und dann Napoca (manchmal findet man alle drei Namen angeschrieben), ist nach Bukarest die zweitgrößte Stadt Rumäniens. Mit dem Umland zusammen hat sie fast eine halbe Million Einwohner und die jüngste Bevölkerung des Landes. An erster Stelle ist Cluj aber eine Universitätsstadt. An der Babeş-Bolyai-Universität mit ihren 21 Fakultäten studieren 80 000 Studenten aus der ganzen Welt. Vor einigen Jahren wurde dort eine Fakultät für Europastudien eingerichtet. Das Universitätsgelände erstreckt sich über mehrere Stadtviertel inmitten von Grünanlagen, Parks und großzügigen Sportstätten.

Cluj ist in diesem Jahr unter 40 Bewerbern vom Europarat zur „Europäischen Stadt der Jugend“ gekürt worden, und das Thema meiner ersten Konferenz lautete „Politik für die

Jugend in der Europäischen Union“. Die Konferenz wurde von sehr engagierten Professoren hervorragend organisiert. Das Thema bot Gelegenheit zu einem Austausch mit den Studenten, die sehr gut vorbereitet und interessiert waren. Ich habe ihnen die Neugestaltung der Programme im Jahr 2013 und die erhebliche Erhöhung der Haushaltsmittel für die EU-Jugendpolitik erläutert. Die Instrumente für die Mobilität stießen bei den Zuhörern auf ein reges Interesse. Auf der Tagesordnung stand auch eine zweite Konferenz zum Programm Erasmus+ und der EU-Bildungspolitik. Nach einem kurzen Abriss der Verträge und Texte in Bezug auf Bildung und Kultur, des in Bologna begonnenen Hochschulreformprozesses, der Austauschprogramme zwischen den Hochschulen und der im Rahmen der EU-Finanzierungen zur Verfügung stehenden Mittel wurden in der anschließenden Diskussion die Haupthürden für die Mobilität der Studenten angesprochen. Dazu gehören insbesondere die sehr viel höheren Lebenshaltungskosten an vielen Gasthochschulen. Die Babeş-Bolyai-Universität verfügt über ein weit gespanntes internationales Netzwerk. Die Mehrsprachigkeit spiegelt sich in den unterschiedlichen Unterrichtssprachen (Rumänisch, Ungarisch, Deutsch, Französisch und Englisch) dieser Universität wider.

Bei einer Podiumsdiskussion über die kulturelle Vielfalt und nicht zuletzt über den Titel „Kulturhauptstadt“, für den sich Cluj demnächst bewerben möchte, habe ich vor allem auf die europäische Dimension dieses EU-Programms hingewiesen. Wegen ihrer kulturellen Vielfalt und ihres außerordentlich reichhaltigen Kulturerbes hat die Stadt Cluj mehr Aufmerksamkeit verdient. Mit ihren Investitionen in die Kultur und den Sport ist Cluj für diese Bewerbung zudem bereits jetzt gut gerüstet. Das Hauptanliegen gilt der gegenseitigen Annäherung der rumänischen und der ungarischen Volksgruppe und den zusammen mit der Volksgruppe der Roma in die Wege geleiteten Projekten, was sich bereits positiv auf das Zusammenleben der Bürger von Cluj auswirkt und das reiche Kulturerbe der Stadt für ganz Europa zum Vorschein bringt.

Meine dritte Aufgabe bestand darin, den Studenten des Fachs internationale Studien eine Einführung in die Berufschancen zu geben, die die EU-Organe bieten. Ein Gespräch am runden Tisch mit zwölf Studenten bot die Gelegenheit, auf individuelle Fragen einzugehen. Ein Besuch der EU-Institutionen wäre für sie von großem Nutzen.

Diese jungen Menschen, die unweit der EU-Ostgrenze leben, wären dann noch besser für die Herausforderungen gerüstet, die auf sie warten.

Ich wurde von den Professoren und Dozenten der Fakultät für Europastudien sehr herzlich aufgenommen, und ich weiß die Aufmerksamkeit sehr zu schätzen, die mir auf hoher Ebene vonseiten der Universität zuteil wurde.

**Erna Hennicot-Schoepges**

## **"EP TO CAMPUS" EUROPÄISCHEN ENTWICKLUNGSPOLITIK**

Mit großer Freude folgte ich der Einladung, als Gastredner einen Vortrag an der Universität Tor Vergata in Rom zu halten. Der Fachbereich Weltordnungspolitik und europäische Geschichte hatte ein Seminar zum Thema „Europa und wirtschaftliche Entwicklung: Geschichte, Analyse, Politik“ veranstaltet. In die Wege geleitet wurde es von Frau Prof. Daniela Felsini, die einen Jean-Monnet-Lehrstuhl für europäische Wirtschaftsgeschichte bekleidet. An dem Seminar nahmen etwa 45 Studierende teil, bei denen es sich um die „besten und klügsten Köpfe“ handeln sollte. Das Thema meines Vortrags war „Ansätze der EU für die Entwicklung: politische Maßnahmen und Perspektiven“. Mir standen etwa 45 Minuten Zeit zur Verfügung, sodass ich mein Thema ausführlich behandeln konnte.

Im Mai gab es in allen Zeitungen der Welt besorgniserregende Meldungen über Afrikaner, die in kleinen Booten nach Europa flüchten und von denen viele im Mittelmeer ertranken. In diesem Zusammenhang sprach ich einige grundlegende Themen an: Ist Europa eine Festung, in der sich niemand um die Armen kümmert? Ist Europa verantwortlich für die Notlage in Afrika? Wie erfolgreich waren sechzig Jahre Entwicklungshilfe? Sollte die EU mehr Entwicklungshilfe leisten?

Die Behauptung, die EU habe kein Mitgefühl für die von Armut geplagten Teile der Welt, ist nach meiner Ansicht sehr strittig. Europa leistet weltweit mit Abstand am meisten Entwicklungshilfe und Unterstützung in humanitären Notlagen. Über die Unterstützung der einzelnen Mitgliedstaaten hinaus ist die EU selbst die drittgrößte Geberin auf der Welt. Trotz einiger Rückschläge und Unzulänglichkeiten trägt die EU wesentlich zur Bekämpfung der Armut auf der Welt bei. Viele Partnerländer sind jedoch noch immer stark unterentwickelt. Die wichtigsten Gründe hierfür sind schlechte Regierungsführung, Gewalt, religiös und ethnisch geprägte Konflikte, Korruption, Vetternwirtschaft und Misswirtschaft. Das Wirtschaftswachstum einiger Staaten in jüngster Zeit ist vor allem auf die Ausfuhr von Rohstoffen zurückzuführen. Es fehlt jedoch an wirtschaftlicher Diversifizierung. Wirtschaftliche Fortschritte werden nahezu vollständig durch den extremen Bevölkerungszuwachs zunichtegemacht. Derzeit sind immer noch 1,2 Milliarden Menschen auf der Welt extrem arm. Die EU und die Mitgliedstaaten haben also noch viel zu tun. In erster Linie müssen jedoch die Entwicklungsländer selbst tätig werden. Benötigt wird nicht mehr, sondern wirksamere Entwicklungshilfe.

Im Jahr 1995 schloss die EU in Barcelona mit den „Nachbarstaaten“ ein sehr ehrgeiziges Partnerschaftsabkommen Europa-Mittelmeer ab. Die Zusammenarbeit umfasst viele Bereiche: von Wirtschaft und Finanzen bis hin zu Demokratie und sozialen, kulturellen und bürgerlichen Angelegenheiten. Dieser sogenannte Barcelona-Prozess scheiterte jedoch kläglich. Die riesige kulturelle Kluft war unüberwindbar.

Nach dem Seminar luden mich Dozenten der Universität Rom zu einem Abendessen in der Innenstadt ein. Wir führten überaus anregende Gespräche über verschiedene europäische Angelegenheiten. Die erste Nacht verbrachte ich in einem Hotel in einer gottverlassenen Gegend in der Nähe der Universität. Zum Glück hatte ich für die zweite Nacht ein Zimmer im Zentrum der Stadt reserviert, von wo aus ich alle berühmten historischen Stätten und Sehenswürdigkeiten bequem zu Fuß erreichen konnte. Dieser kurze touristische Aufenthalt rundete meine überaus lohnende Reise in die alte Stadt Rom ab.

**Bob van den Bos**

## **DIE AUSWIRKUNGEN DER EU-POLITIK AUF DAS UNTERNEHMERTUM**

Am 8. und 9. Juni 2015 habe ich an einer internationalen Konferenz zum Thema Kommunikation und Unternehmertum im europäischen Kontext teilgenommen, die von der Nationalen Hochschule für Politik- und Verwaltungswissenschaften in Bukarest organisiert wurde.

Gegenstand meines Vortrags waren die Auswirkungen der EU-Politik auf die Entwicklung des Unternehmertums. Ich bezog mich darin auf meine eigenen Erfahrungen als Unternehmerin und stellte die Politik der EU und die Fonds zur Förderung des Unternehmertums vor, die sich speziell an junge Menschen richten. Weiter sprach ich über Entwicklungen und Möglichkeiten, die die EU Unternehmen in der Krise bietet. Schließlich erläuterte ich, woraus ein unternehmerfreundliches Umfeld besteht. Meine Zuhörerschaft bestand in erster Linie aus Hochschullehrern und Doktoranden. Das allgemeine Ziel der

Konferenz bestand darin zu diskutieren, wie ein für Unternehmen förderlicheres Umfeld in Rumänien und Polen geschaffen werden kann.

Während der Diskussion wurden Fragen zu EU-Programmen wie EUROSTAR, COSME und Erasmus, zur Jugendgarantie und zum Enterprise Europe Network gestellt.

Das Publikum beteiligte sich rege mit Vorschlägen und Fragen an der Diskussion. Das sehr motivierte Organisationsteam, das aus Vertretern der Universität und des Instituts für Europäische Studien bestand, schaffte eine sehr zuträgliche Atmosphäre.

Als Slowenin teilte ich verschiedene Erfahrungen mit meiner Zuhörerschaft.

Ehe wir der Europäischen Union beigetreten sind, lebten wir alle in einem ähnlichen politischen System. Wir waren Teil des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft. Wir sind alle von unterschiedlichen nationalen Traumata und Konflikten, von einer unterschiedlichen Vergangenheit und von unterschiedlichen Volkswirtschaften geprägt. Aber heute leben wir alle in Frieden. Andere Nationen werden nun zu Freunden anstatt zu Feinden. Das ist die Grundlage für die künftige Entwicklung und für Unternehmertum.

Die Europäische Union beruht auf den vier Freiheiten: dem freien Warenverkehr, dem freien Dienstleistungsverkehr, dem freien Kapitalverkehr und dem freien Personenverkehr. Unser gemeinsames politisches Ziel ist Stabilität, Wachstum und Beschäftigung.

Die weitere Diskussion drehte sich um Werte, Transparenz, weniger Kreditaufnahmen und mehr kreatives Schaffen, Einfachheit, Nachhaltigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte.

### **Welche Entwicklungen und welche Möglichkeiten gibt es?**

Wir müssen uns an eine sich schnell wandelnde Welt anpassen. Die größten Herausforderungen sind:

- das Altern der Bevölkerung: Mehr als ein Drittel der Menschen in der EU sind älter als 65 Jahre. Ihre Bedürfnisse beziehen sich auf den Zugang zu medizinischer Versorgung, Gesundheitsdienstleistungen, auf sie ausgerichtete touristische Angebote und eine barrierefreie Infrastruktur.
- Digitalisierung: Von den sozialen Medien gehen Impulse für Wachstum und Beschäftigung aus.
- Nahrungsmittel, Wasser und Energie: Wir müssen den Ressourcenverbrauch in der Produktion senken.
- Massendaten: Wir verfügen über große Datenmengen; die Herausforderung besteht darin, wie wir sie nutzen können, um nützliche Informationen für die Förderung von Entwicklung zu gewinnen.

### **Was sind die Bedingungen für die Entwicklung von Unternehmertum?**

- Der Wandel unseres Bildungssystems: Es muss ein größerer Schwerpunkt auf Unternehmertum, Kreativität und Innovation gelegt werden.
- Die Schaffung von zuträglichen Rahmenbedingungen für Unternehmen: weniger Bürokratie, mehr Mentoring, eine Vereinfachung der Rechtsvorschriften, Zugang zu einer schnellen Internetinfrastruktur außerhalb der Städte, Zugang zu Fördermitteln.
- Der Austausch von bewährten Verfahren und Vorbildern: Wer kann heute in Rumänien als Vorbild dienen? Vor Ort umgesetzte bewährte Verfahren und lokale Vorbilder sind wichtig, um junge Menschen zu motivieren und zu inspirieren.
-



Ich möchte dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments und der Universität Bukarest meinen herzlichen Dank für die Möglichkeit der Teilnahme und die hervorragende Organisation aussprechen.

**Zofija Mazej Kukovič**

## **LUISS SCHOOL OF GOVERNMENT IN ROM**

Am 21. Juli 2015 betraten zwei ehemalige Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie der derzeitige und der ehemalige Vorsitzende des VEM, Enrique Baron und Pat Cox, gemeinsam im Rahmen des Programms „EP to Campus“ die Bühne der School of Government der Universität LUISS Guido Carli in Rom. Die Veranstaltung war Teil eines zweiwöchigen, hochrangigen, internationalen Sommerkurses, an dem hauptsächlich Doktoranden und leitende Mitarbeiter der Universität LUISS Guido Carli sowie Gastprofessoren und Forscher teilnahmen. Das Thema lautete „Das Europäische Parlament und die Förderung der Demokratie“. Es war ein schwüler Tag, und die Sonne brannte auf Rom herunter. Das von Prof. Nicola Lupo gekonnt geleitete Seminar fand jedoch glücklicherweise in einem modernen, klimatisierten Saal in der geschmackvoll renovierten School of Government statt. Es war eine Freude, von unserem ehemaligen Kollegen Prof. Andrea Manzella begleitet zu werden, der selbst ein angesehener Mitarbeiter der LUISS School of Government ist und derzeit dem Vorstand des VEM angehört.

Die Rolle des Parlaments bei der Förderung der Demokratie ist stetig gewachsen, nicht zuletzt seit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. Das Parlament hat jetzt das Recht, alle internationalen Verträge der EU zu ratifizieren, und ist als Haushaltsbehörde für die unterschiedlichen Finanzinstrumente der Union zuständig, die zusammen in der Laufzeit des derzeitigen mittelfristigen Finanzrahmens 2014–2020 über einen Betrag von bis zu 31,7 Mrd. EUR verfügen werden. Außerdem hat das Parlament neben Wahlbeobachtungsmissionen auch Gremien wie die Überwachungsgruppe des Arabischen Frühlings und Ad-hoc-Delegationen für die Ukraine eingerichtet. Die kürzlich unterzeichnete Absichtserklärung zwischen dem Europäischen Parlament und der Werchowna Rada in der Ukraine über parlamentarische Reformen und Kapazitätsaufbau ist ein aktueller Beleg für die zunehmende Bedeutung der „parlamentarischen Diplomatie“.

Wie immer bei solchen Veranstaltungen werden die Interessen und Sorgen der Forscher und Wissenschaftler in den Fragerunden deutlich, in denen sie die Gelegenheit erhalten, (ehemalige) Praktiker wie uns direkt zu befragen. In diesen Fragerunden kommen zwangsläufig aktuelle Themen und Angelegenheiten von größerem wissenschaftlichem Interesse zur Sprache. Es wurden viele unterschiedliche Fragen zu vielfältigen Themen gestellt: Präsident Hollandes Vorschlag für eine Wirtschaftsregierung und Finanzverwaltung; Präsident Schulz' Bemerkungen vor dem Referendum in Griechenland; Handlungsmöglichkeiten des EP im Zusammenhang mit dem ständigen und hohen Zahlungsbilanzüberschuss der Bundesrepublik Deutschland; die unterschiedlichen Auswirkungen der intensiven Gipfeltreffen und Finanztagungen des Euro-Währungsgebiets für die EU-Staaten, die nicht den Euro eingeführt haben; Möglichkeiten, neben der begrüßenswerten Förderung der Demokratie in Drittländern auch innerhalb der EU, wie etwa in Ungarn, tätig zu werden; die Beziehungen zwischen der EU und Russland; die Beziehungen zwischen dem EP und den nationalen Parlamenten; mehr Befugnisse bei einer geringeren Wahlbeteiligung und die Bedeutung dieser Situation für die Legitimität des EP; die Intransparenz informeller Gesetzgebungstrilogie von EP/Rat/Kommission; das Risiko mächtiger Lobbys für den Erlass von Rechtsvorschriften und die Beeinflussung des EP; die Art der Koordinierung der Außenpolitik zwischen dem EP und der Kommission –

Zusammenarbeit oder Konkurrenz. Fast jede dieser Fragen wäre es wert, im Rahmen eines eigenen Seminars behandelt zu werden. Da alle zusammen innerhalb kurzer Zeit gestellt wurden, war es ein faszinierender Austausch, und die zweieinhalb Stunden vergingen wie im Flug.

Wir möchten den Gastgebern der LUISS School of Government und den Seminarteilnehmern, deren lebhaftes Gespräch mit uns bei einem wunderbaren, entspannten Abendessen im Freien, in einer noch immer warmen und schwülen, jedoch etwas kühleren Abendluft fortgesetzt wurden, unseren Dank aussprechen.

**Enrique Baron**

**Pat Cox**

## **GRÜNE ARBEITSPLÄTZE IM ARABISCHEN RAUM**

Wenn über den arabischen Raum gesprochen wird, geht es selten um umweltbezogene Themen. Doch auch dort gibt es Umweltprobleme durch die die Wirtschaftsentwicklung, die Gesundheit der stetig wachsenden Bevölkerung und vor allem der Tourismus gefährdet werden. Durch Umweltinvestitionen könnte dem entgegengewirkt werden. Die Schaffung von neuen, „grünen“ Arbeitsplätzen würde sich sowohl auf die Lebensqualität als auch auf die Beschäftigungsquote positiv auswirken. Aus diesem Grund hielt die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zu diesem Thema am 3.-4. Juni 2015 eine Konferenz in Tunis ab.

Die Mehrzahl der arabischen Redner kam aus Jordanien, Marokko und Tunesien. Diese Länder haben demokratisch gewählte Parlamente, unabhängige nichtstaatliche Organisationen und, zumindest prinzipiell, Regierungen, die die Absicht haben, eine nachhaltige Wirtschaft zu fördern. Die tunesischen Parlamentsabgeordneten und die von der Regierung entsandten Sachverständigen geben an, dass es wichtig sei, erneuerbare Energien zu fördern, denn derzeit werden mehr als zwei Drittel der Subventionen für soziale Zwecke für fossile Brennstoffe ausgegeben. In Marokko werden 93 % des Energieverbrauchs importiert, ganze 50 % der Stromversorgung kommen über Tiefseekabel aus Spanien. Trotz der Tatsache, dass die EU in beiden Ländern Projekte für erneuerbare Energien unterstützt, vollzieht sich dieser Wandel nur sehr langsam. Doch durch solche Projekte könnten viele, auch für geringqualifizierte Arbeitskräfte geeignete, Arbeitsplätze für die örtliche Bevölkerung geschaffen werden.

Kleinen und mittleren Unternehmen sollte in der grünen Wirtschaft eine größere Rolle zukommen, was das Beispiel der Firma einer jungen Algerierin verdeutlicht. Sie hat ein Unternehmen gegründet, das Plastikabfälle sammelt und wiederverwertet und so Textilien und andere auf dem Markt gefragte Produkte herstellt. Das Unternehmen erzielt bereits Gewinne und bietet außerdem Beschäftigungsmöglichkeiten für geringqualifizierte Arbeitskräfte. In dem Vortrag eines jordanischen Fachmanns wurde über Naturschutz und nachhaltigen Tourismus berichtet. Attraktive Angebote für Touristen mit der Erhaltung der Umwelt zu vereinen, ist eine spannende Herausforderung, wodurch ebenfalls ein breites Spektrum an Arbeitsplätzen geschaffen werden könnte.

In meinem Vortrag ging es um einschlägige EU-Projekte, die grüne Arbeitsplätze schaffen. Ich habe betont, dass die Auswirkungen, die grüne Arbeitsplätze einerseits auf die Umwelt und andererseits auf die Gesellschaft haben, miteinander in Wechselwirkung stehen sollten. Durch die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs wird der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert, durch energieeffiziente Investments wird Energiearmut reduziert, durch Recycling werden Städte und ländliche Gegenden sauberer und gesundheitsfreundlicher, und gleichzeitig werden Arbeitsplätze geschaffen. Die Lebensqualität kann außerdem durch erfolgreiche Wasserbewirtschaftung erheblich verbessert werden. (In den ländlichen

Gegenden Ägyptens beispielsweise herrscht ein verheerender und viel zu selten thematisierter Mangel an sauberem Wasser). Bei der Beantwortung von Fragen zu diesem Thema wies ich darauf hin, dass durch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen mit ökologischem Schwerpunkt eine Menge bewirkt werden kann. Während bei Energieeffizienz auf Privatkapital gezählt werden kann, ist es bei Großprojekten für erneuerbare Energien hingegen unbedingt erforderlich, dass diese von den Regierungen und der EU unterstützt werden.

Der Hauptverantwortliche, Richard Probst, der stellvertretende Leiter für regionale Programme der FES in Jordanien, sagte mir, dass die FES offen für eine Zusammenarbeit mit der EU sei. Im Nahen Osten und den Maghreb-Ländern gibt es verschiedene Projekte der FES, und die Erfahrungen des Europäischen Parlaments und anderer EU-Institutionen könnten sich in diesem Bereich als sehr wertvoll erweisen.

Im weiteren Verlauf der Konferenz hatte ich die Gelegenheit, mich mit dem Vertreter einer echten unabhängigen tunesischen nichtstaatlichen Organisation, die im Bereich der Abwasserversorgung tätig ist, auszutauschen. Er übte starke Kritik an der derzeitigen Situation: Die Regierung rede zwar viel über Umweltschutz und nehme EU-Mittel entgegen, aber die Abwässer würden trotzdem ungeklärt durch die Kanalisation ins Meer geleitet. Er schlägt vor, dass die EU die Umsetzung von Projekten in Tunesien strenger überwachen solle.

Möglicherweise wäre dies auch in unseren Mitgliedstaaten keine schlechte Idee.

**Gyula Hegyi**